

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpig

Ersteinstverpflichtung, Der Bezugspreis beträgt für die Zeit v. 1.-15. September 0,90 Goldmark, für den Rest des Monats 1,10 Goldmark, Einzelnummern 0,10 Goldmark, Zeitungsgebühren und Anzeigen 0,08 Goldmark, Finanz- und

Redaktions-Vertrauf
Beuthen 459

Pro fide
et patria

Geschäftsstellen-Vertrauf
Beuthen 458

Amliche Anzeigen 0,20 Goldmark, Restverkauf 0,40 Goldmark, Coupons
Anzeigen werden nur zum Tagespreis berechnet.
Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Pilsenerstraße 9

Frankreichs und Italiens Widerstand gegen die Aufrollung der Kriegsschuldfrage.

Rückkehr aller Ausgewiesenen und unmittelbare deutsch-französische Unterhandlungen über die elsässische Grenzregie.

Neueste Nachrichten.

Gestern fand in Beuthen ein zahlreich besuchtes Gemeindefest der katholischen Pfarreien statt. Der Hauptkern lag in Hildersheimen ging unter riesigen Andrang spielen in Kattowitz programmäßig vor sich.

Gestern vormittag 11 Uhr wurde die Breslauer Herbstmesse ohne besondere Feierlichkeit eröffnet. Der Besuchandrang war stark und über neue Sonderzüge verkehrte den Besucher. Man rechnet damit, daß der starke Verkehr bis zum Schluß der Messe anhalten wird.

Oesterreichischer Bundeskanzler Dr. Seipel und die Minister Dr. Grünberger und Dr. Kleinböck sind heute nach Genf abgereist.

Die heute eröffnete Wiener Herbstmesse wird gleich zu Beginn einen sehr starken Besuch in allen Abteilungen auf.

Zurücknahme der Ausweisungsbefehle für Ruhr und Rhein und Freilassung der Gefangenen.

Düsseldorf, 8. September. Der oberkommandierende General erläßt einen Beschluß, der die Rückkehr sämtlicher aus dem besetzten Ruhrgebiet und aus dem Gebiet des Düsseldorf-Brillendorfer Brückenkopfes gestattet. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind folgende Personen, deren Rückkehr wie es in der Verfügung heißt, die Ruhe des Gebietes gefährden könnten: Regierungspräsident von Düsseldorf Walter Grühner, der Landrat von Essen-Land Friedrich Schöen, der Polizeipräsident von Essen Gerhard Niedermeyer, der Oberbürgermeister von Neeklinghausen Hamm, Polizeinspek-

tor in Görbe Reichardt, der Polizeikommissar in Wanne Otto Borath. Außerdem sind zur Verwirklichung der im Londoner Protokoll vorgesehenen Amnestie die nötigen Anordnungen erlassen worden, worin auch die Niederlassung der eingetreteten Verfahren inbegriffen ist.

Mainz, 8. September. Gestern ist eine Verfügung des kommandierenden Generals der Armee an die französischen Divisionsgeneräle ergangen, daß die politischen Gefangenen sofort zu entlassen sind.

Die Innenpolitik des Hauptausschusses des preussischen Landtags.

Aus der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages schreibt man uns:

Am 3. September begann die Verhandlung über den Haushalt des Ministeriums des Innern im Hauptausschuß des Preussischen Landtages. Der Vertreter der Deutschnationalen Neugeborenen richtete scharfe Angriffe gegen die Innenpolitik und insbesondere die Personalpolitik des Ministers Severing und kündigte ihm die scharfe Opposition seiner Partei an. Minister Severing wies diese Angriffe klar zurück und ging dann auf die von den Deutschnationalen angeführten Einzelfälle ein. Von besonderer Bedeutung waren die Auseinandersetzungen über die Frage des besetzten Gebietes, in denen der Minister und der Staatssekretär über die Verhandlungen berichteten. Die zuerst mit den Befugnisbefugnissen auf Grund des Ergebnisses der Londoner Konferenz in Koblenz geführt wurden. Es wurde von der Regierung mitgeteilt, daß bisher noch 66 Kommunalbeamte* und 81 unmittelbare Staatsbeamte nicht die Rückkehr in die Heimat und die Wiederbesetzung zum Amte erhalten hätten, daß aber Befreiung in den Verhandlungen mit aller Entschiedenheit dahin wirken werde, daß die Vernehmung in besetzten Gebiet möglichst bald in vollen Umfang wiederhergestellt und allen Ausgewiesenen die Rückkehr ins Amt ermöglicht würde. Es wurde weiter hinzugefügt, daß Preußen mit allen Mitteln auf schnelle Klärung von Dornen und der anderen Gebiete dränge und daß der Minister Verantwortung nehmen werde, am nächsten Sonntag persönlich zu der Substanzminister von Sobenheim in das Rheinland zu fahren, um der rheinischen Bevölkerung zu zeigen, daß die preussische Regierung das höchste Interesse an ihrem Wohlergehen nehme, und daß die Minister nicht allein die großen Städte wie Köln und Koblenz besuchen wollten, sondern auch Pflanzung der in den kleineren Städten und auf dem Lande wohnenden Bevölkerung nehmen würden.

Deutsch-französische Verhandlungen zur Regelung des elsässischen Grenzverkehrs.

Paris, 8. Sept. Nach dem „Matin“ beschäftigt das französische Ministerium des Innern, mit der deutschen Regierung zur Regelung der elsässischen Grenzregie Verhandlungen anzubahnen.

Genf und die deutsche Reichsregierung

Zu den Genfer Verhandlungen, so behaupten sie auch sind, kann deutschseits zur Zeit noch nicht Stellung genommen werden. Die deutsche Regierung hat sich der Frage des Eintritts in den Völkerverbund gegenüber niemals abnehmend verhalten, es muß nur ein wirklicher Völkerverbund sein, der den Charakter der Universalität trägt und es muß gefordert werden, daß Deutschland in dem Völkerverbund die Stellung eingeordnet werde, die seiner Bedeutung angemessen ist. Ob die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund aktuell wird, das wird von den Genferen Herrschaften in Genf abhängen. Ein besonderes Interesse für uns hat aus den Genfer Verhandlungen am Mittwoch, den 4. 9. die von Macdonald behandelte oberelssische Frage, auf die zur Verhütung erregter französischer Gemüter eine Interpretation gefolgt ist. Der Wortlaut der bez. Äußerungen Macdonalds liegt zur Zeit noch nicht vor.

Der definitive Reparationsagent, der Nachfolger Owen Douns.

Seymour Parker Gilbert in seinem Büro. Die Reparationskommission hat den amerikanischen Juristen Seymour Parker Gilbert zum Generalagenten der Reparationszahlungen ernannt. Seymour Parker Gilbert hat im Seymour Parker Gilbert in seinem Büro am Ministerium der Vereinigten Staaten eine aufsehend erfolgreiche Tätigkeit und rasche Karriere



hinter sich. Er hat im Schahant unter Mac Adoo gearbeitet, blieb auch in dieser Verbände unter Mellon und wurde dessen Unterstaatssekretär. Gilbert hat damals erklärt, daß Deutschland die Summen des Bonhomer Interests nicht zahlen könne. Er gilt als scharfsinniger Jurist und in Finanz- und Bankfragen als hervorragender Sachverständiger.

Die englisch-französische Entschließung.

In Genf ist es doch noch zu einer gemeinsamen englisch-französischen Entschließung gekommen.

Die Versammlung nimmt von den Verfügungen der hier versammelten Regierungen Kenntnis und stellt darin mit Genugtuung die Grundlage für eine Verständigung zur Herstellung des englischn französischen Friedens. Sie beschließt: Um die Beziehungen, die zwischen geniesen hier entwickelten Gesichtspunkten noch bestehen, miteinander auszusöhnen und um nach diesem Ausgange so schnell wie möglich durch Vermittlung des Völkerverbundes eine internationale Verständigung zu erreichen, die zwischen den Regierungen der drei Ausführe beauftragt, die Unterlagen über die Sachverhalte und die Herabsetzung der Forderungen zu prüfen, besonders aber die Vereinbarungen der Regierungen zu dem Entwurf eines gegenseitigen Garantievertrages, der gemäß der Entschließung 14 in der dritten Versammlung ausgearbeitet wurde, und auch die anderen, seit der Veröffentlichung des Vertragsentwurfs ausgearbeiteten, dem Sekretariat vorgelegten Pläne, sowie die im Völkerverbundspakt für die Garantierung der Sicherheit enthaltenen Verpflichtungen zu untersuchen, die eine Berufung an die Entschließungsbefugnisse oder eine Herabsetzung der Forderungen notwendig machen. Der erste Ausschuß wird beauftragt,

a) mit Rücksicht auf etwaige Zusatzanträge zum Völkerverbundspakt die Artikel des Paktes, die die Regelung von Streitigkeiten betreffen, zu studieren.

b) zu untersuchen, innerhalb welcher Grenzen die Bestimmungen des Artikels 83 § 3 d. Statuts des Internationalen Gerichtshofes genauer geprüft und ob die Sicherheit der Völker der Welt und eine friedliche Lösung aller Streitigkeiten, die sich im allgemeinen zwischen den Staaten ereignen könnten, die Annahme dieser Klauseln erstreckt könne.

Nach drei Wochen.

Paris, 8. September. Herviot gab einem Vertreter des Journal gegenüber der Erwartung Ausdruck, daß nach ungefähr drei Wochen die Kommissionen des Völkerverbundes einen Text ausgearbeitet haben werden, der von dem Völkerverbund einstimmig angenommen

Vereinfachung unseres Steuerrechts.

Soben ist ein Gutachten der Verwaltungsausschubkommission über die Vereinfachung der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der direkten Steuern erschienen. Die Denkschrift beschäftigt sich in ihrem ersten Teil mit der Frage der Finanzhoheit von Reich, Ländern und Gemeinden und kommt auf Grund eingehender Würdigung sämtlicher mißsprechender Umstände zu dem Ergebnis, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt an einer einheitlichen Steuererhebung und -verteilung durch das Reich festzuhalten ist. Des weiteren unterzieht das Gutachten die Steuererhebung der letzten Jahre einer Kritik, wobei es die Hauptursache für unser verwickeltes Steuerrecht einmal in den Begleiterscheinungen der Inflation, ferner aber auch darin erblickt, daß die Steuerergebnisse zu vollständig geworden wären und den Finanzbehörden eine nicht zu bewältigende Massenarbeit gebracht hätten.

wird. Darauf würde der Rat den Text beraten.

Herrlots und Macdonalds Heimkehr.

Paris, 8. September. Herrlot und Macdonald wurden, als der Zug heute früh gegen neun Uhr auf dem Lyoner Bahnhof in Paris eintraf, mit den Rufen: „Es lebe der Frieden!“ begrüßt. Sämtliche in Paris anwesende Kabinettsmitglieder hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden. Macdonald mußte um 10 Uhr über Calais nach London weiterreisen. Herrlot bestand darauf, ihn in seinem Auto nach dem Nordbahnhof zu geleiten. Beide Ministerpräsidenten unterhielten sich ungefähr eine Viertelstunde, drückten sich lange die Hände und trennten sich mit den Worten: „Good by!“ Macdonald ist um 1/2 Uhr auf dem Victoriabahnhof in London angekommen.

Die Rhein-Rhone-Schifffahrt vor dem Völkerverbund.

Genf, 8. September. Journal de Geneve verzeichnet einen Bericht, daß der belgische Ministerpräsident Theunis bald wieder nach Genf zu kommen gedenkt, und spricht die Vermutung aus, daß es sich um Beratungen, die die Zonenfrage und die Rhein-Rhone-Schifffahrt handelt soll.

Genf, 8. September. Der belgische Ministerpräsident Theunis ist nach Südrheinreich aus einem kurzen Ferienaufenthalt abgereist.

Amerika, Deutschland und der Völkerverbund.

New York, 8. September. Staatssekretär Hughes demeritiert mit aller Entschiedenheit eine von Paris ausgehende Meldung, wonach er der deutschen Regierung angedeutet haben soll, der Eintritt Deutschlands würde von Amerika vor der Präsidentschaftswahl nicht gewünscht.

Als wirksame Abhilfe empfiehlt die Verwaltungsabstammungskommission einfache Gesetze, die nur die Grundzüge des Steuerrechts festlegen und der Lokalinstanz für den Einzelfall mehr als bisher freie Hand lassen, sowie Entlastung der Finanzämter von der Massenarbeit durch stärkere Heranziehung von Sachverständigenausschüssen bei Einführung der Steuererläutungen und der Anwaltsberatung. Das Gutachten ist zum Selbstkostenpreis durch das Büro der Verwaltungsabstammungskommission Berlin W 9, Leipziger Platz 13, zu beziehen.

Die Revolution in China.

Schanghai, 8. September. Der Militärregierungsminister von Tschanghae meldet, daß seine Streitkräfte die Kiangtruppen bei Tsangte, 15 Meilen von Schanghae, geschlagen habe.

Das Zentrum sprach der Abgeordnete Loenarz-Bilzura, der zunächst in der Frage der Personalpolitik den Standpunkt der Partei dahin wiederholte, daß es Sorge der Regierung sein müsse, ein möglichst einheitliches und geschlossenes Verwaltungsbeamtenamt zu haben, das ordnungsmäßig vorgebildet allen Schichten der Bevölkerung, allen Konfessionen und Stämmen erntommen sei. Von diesem Standpunkt aus muß man den Aufbau des Verwaltungsbeamtenamtes von unten herauf vornehmen und dafür sorgen, daß möglichst aus allen Schichten geeignete Persönlichkeiten in die innere Verwaltung hineinkommen. Weiter die Zweckmäßigkeit einer Berufsamtsgliederung man sie verschiedener Meinung sein. Wichtig ist aber zweifellos, daß die Regierung für eine würdige Durchführung der von ihr angeordneten Berufsamtsgliederung Sorge trage. Für das besetzte Gebiet ist es erforderlich, daß die preuß. Regierung mit aller Entschiedenheit dafür Sorge trage, daß politische und wirtschaftliche Mitbestimmung in der Bevölkerung des besetzten Gebietes nicht entsetze, und daß alles getan werde, um der wirtschaftlichen Not entgegenzuarbeiten. Höchst bedauerlich ist, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag, wenn er Annahme finde, einen außerordentlich wichtigen Stand des besetzten Gebietes, den Winterland, in die allergrößte wirtschaftliche Schwierigkeit hineinträgen. Es ist Aufgabe auch des preussischen Ministeriums des Innern, von politischen Standpunkt aus die bedenklichen